

Kreisstadt hinkt der Entwicklung hinterher

03.04.2018 12:39 Uhr (Kommentare: 0)

Kontroverse Diskussionen über Industrie- und Gewerbeflächen in Wildeshausen

Von Martin Siemer

Wildeshausen. Die Stadt an der Hunte boomt, neue Wohnbaugebiete werden entwickelt, die Baugrundstücke sind schnell vergriffen. Bei der Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen hinkt die Kreisstadt allerdings ein wenig hinterher. Die Stadt Wildeshausen kann aktuell Unternehmen, die sich in Wildeshausen ansiedeln wollen, nur noch gut acht Hektar Gewerbefläche anbieten. Das zumindest zeigt sich auf dem Komsis-Portal, auf dem sich ein großes Angebot an Gewerbeflächen und Gewerbeimmobilien in Niedersachsen mit präzisen Standortinformationen zu den niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten findet.

Industrieflächen sind derzeit gar nicht verfügbar. Erst wenn das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet Wildeshausen-Nord fertig ist, kann wieder über Flächen verfügt werden. Das Gewerbegebiet in Hockensberg in der Gemeinde Dötlingen wird gemeinsam von Dötlingen, Prinzhöfte und Wildeshausen entwickelt.

Abhilfe könnte ein Industriegebiet Wildeshausen-West an der Autobahn A1 im Westen der Stadt schaffen, welches auch bereits mit 22 Hektar auf dem Komsis-Portal angeboten wird. Doch über dessen Planung und Erschließung ist ein heftiger Streit im Rat der Stadt entstanden. Die UWG im Rat lehnt ein Industriegebiet Wildeshausen-West aufgrund erheblicher Eingriffe in die Natur vehement ab. Bei einer Umsetzung würden zu Beginn etwa 30 Hektar Wald gerodet, um einen Unternehmen den Sandabbau zu ermöglichen. Erst danach kann das Industriegebiet entstehen. CDU und SPD wollen das Gebiet unbedingt entwickeln, um dort Unternehmen anzusiedeln, die künftig ihre Gewerbesteuern in Wildeshausen zahlen.

Zuletzt hatte sich die UWG in einem offenen Brief an Sabine Tippelt, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Niedersächsischen Landtag gewandt. Die UWG bittet darin, den Antrag der Stadt Wildeshausen auf eine mögliche Förderung des Industriegebietes Wildeshausen-West kritisch zu hinterfragen. Die UWG bemängelt, dass es zurzeit keine konkreten Planungen gebe, welche Unternehmen sich künftig in diesem neuen Industriegebiet ansiedeln wollen. „Hier wird lediglich ein Gebiet auf Vorrat entwickelt, ohne das ein konkreter Bedarf festgestellt wäre“, heißt es in dem offenen Brief.

Ingo Hermes, Vorstandspräsident der Mittelstandsvereinigung Wildeshausen (MIT) sieht das vollkommen anders. „Die UWG verkennt, dass es unter den Wildeshauser Unternehmen gleich mehrere gibt, die ihren Standort verlagern wollen oder müssen. Sei es aus Erweiterungsgründen oder auch wegen der Verkehrsanbindung“, sagte Hermes auf Nachfrage von die-hunte.de. In den vergangenen Jahren hätten bereits Unternehmen wie HS Schörfling oder Burmeister der Stadt Wildeshausen den Rücken gekehrt, weil

es hier für diese Unternehmen keine adäquaten Erweiterungsmöglichkeiten gab. „Die Wildeshauser Wirtschaftsförderung musste tatenlos zusehen, da sie keine Flächen bieten konnte. Mit den Unternehmen gingen neben den Steuereinnahmen auch zahlreiche Arbeitsplätze verloren“, betont Hermes.

Auch Hans-Werner Aschoff, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg (WLO), sieht weiteren Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen im Landkreis. „Wenn man sich das Angebot auf dem Komsis-Portal anschaut, ist das nicht allzu gewaltig.“ Aschoff sieht die Lage des Landkreises zwischen den Oberzentren Bremen und Oldenburg auf der einen Seite gut für die hier ansässigen Unternehmen. „Auf der anderen Seite besteht aber auch eine Konkurrenzsituation, weil es zum Beispiel in den Oberzentren eine bessere Infrastruktur gibt.“

Der Wirtschaftsfachmann teilt den Landkreis in drei Regionen, und zwar die Bereich um Oldenburg, um Bremen und das südliche Kreisgebiet. „Am entspanntesten ist es noch im südlichen Landkreis, weil auf dem ehemaligen Fliegerhorst Ahlhorn noch einige Hektar Flächen zur Verfügung stehen“, erklärt der Wirtschaftsförderer. Wenn aber die positive Entwicklung des Landkreises der vergangenen Jahre beibehalten werden soll, dann müssten in allen drei Bereichen entsprechende Planungen vorgehalten werden. „Nur dann kann man auch Flächen verkaufen. Man muss hinterfragen, ob es sich eine Stadt oder Gemeinde leisten kann, einem Unternehmen, dass sich ansiedeln will, zu sagen, geh doch woanders hin“, mahnt Aschoff.

[Nach oben](#)